

# LANDTAG INTERN

## INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

48. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 21. Februar 2017

### Der Fall Amri

Der Landtag hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Anschlag in Berlin beschlossen. Das Gremium soll das Vorgehen der Landesregierung und der NRW-Behörden im Fall Amri prüfen. S. 3

### Fußball und Gewalt

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit dem Thema „Fußball und Gewalt“ befasst. Hintergrund waren die Übergriffe am Rande eines Bundesligaspiels, die auch Familien galten. S. 5

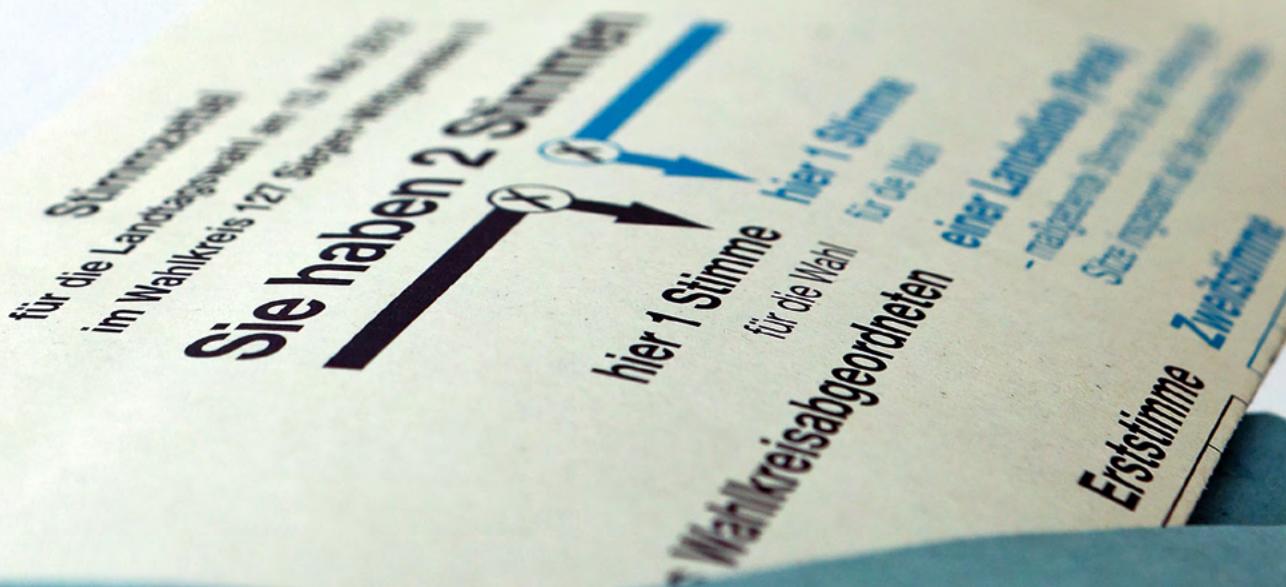
### Polizei auf dem Land

Wie ist es um die Personalausstattung der nordrhein-westfälischen Polizei im ländlichen Raum bestellt? Mit dieser Frage befassten sich Sachverständige in einer Anhörung des Innenausschusses. S. 9-11

### Ausschüsse

In den Fachausschüssen des Landtags wurden wieder zahlreiche Themen diskutiert. Dies waren u. a. die Übergriffe am Rande des Fußball-Bundesligaspiels Borussia Dortmund gegen RB Leipzig. S. 14

## Ihre Stimmen. Ihre Wahl.



# 2017

LANDTAGSWAHL  
NORDRHEIN-WESTFALEN



# Die kleine Bundestagswahl

Am 14. Mai 2017 wird ein neuer nordrhein-westfälischer Landtag gewählt. Wenn im bevölkerungsreichsten Bundesland rund 13,2 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen sind, ihr Parlament neu zu bestimmen, ist für große Aufmerksamkeit gesorgt: Nicht umsonst wird die Landtagswahl an Rhein und Ruhr die „kleine Bundestagswahl“ genannt – zumal sie in diesem Jahr tatsächlich nur wenige Monate vor der Wahl des neuen Bundestags liegt. Dies wird die Aufmerksamkeit nochmals erhöhen.

Landtag Intern startet mit dieser Ausgabe eine Serie rund um die Landtagswahl 2017. Bis April berichtet die Redaktion mit Hintergründen und Reportagen über das bevorstehende Großereignis – angefangen mit einem Text zum Wahlsystem (Seiten 6-7).

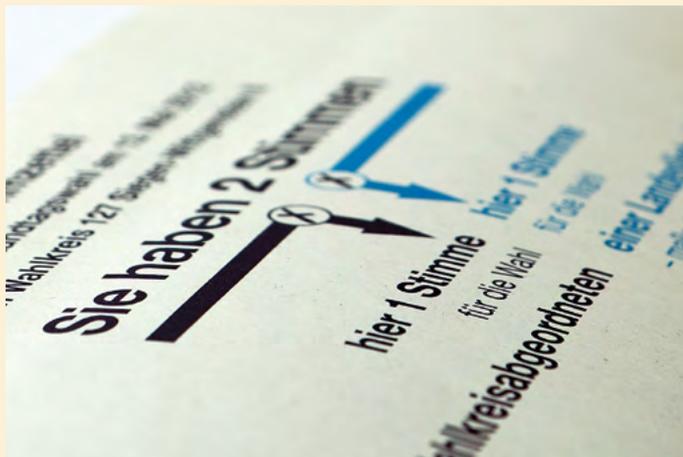
## Polizei auf dem Land

Im Innenausschuss ging es im Februar einmal mehr um das Thema Innere Sicherheit. Sachverständige äußerten sich in einer Anhörung zu einem Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Polizeipräsenz im ländlichen

Raum stärken – System der Kräfteverteilung sachgerecht fortentwickeln!“. Landtag Intern berichtet über die Stellungnahmen der Sachverständigen und bat die Expertinnen und Experten der Fraktionen um ihre „Standpunkte“ zu diesem Thema (Seiten 9-11).

Erneut hat sich der Landtag mit den politischen Konsequenzen aus dem islamistischen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin befasst. Auf Antrag der Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und PIRATEN setzte das Plenum einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. Bis zur Landtagswahl soll das Gremium nun das „Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und ihrer Sicherheitsbehörden im Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri“ überprüfen (Seite 3).

In einer Aktuellen Stunde ging es zudem um die eskalierende Fangewalt in Nordrhein-Westfalen. Hintergrund waren insbesondere die Übergriffe am Rande des Bundesligaspiels Borussia Dortmund gegen RB Leipzig, die sich auch gegen friedliebende Fans, darunter Familien mit Kindern, richteten. Der Landtag debattierte kontrovers über den Vorfall und die Lehren daraus für die Zukunft (Seite 5). wib



## Titelthema: Ihre Stimmen. Ihre Wahl.

**So funktioniert die Landtagswahl am 14. Mai 2017** ..... 6-7

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (Red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam),  
Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211)  
884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),  
Fax 884-2250, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD),  
Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak  
(PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU),  
Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 16. Februar 2017, 16 Uhr

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:**

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem,  
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**



[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)

# Inhalt

## Plenum

<b>Untersuchungsausschuss prüft „Fall Amri“</b> .....	3
<b>Meldungen</b> .....	4
<b>Fußball und Gewalt</b> .....	5

## Gesetzgebung

.....	8
-------	---

## Schwerpunkt

<b>Anhörung zur Polizei im ländlichen Raum</b> .....	9
<b>Standpunkte</b> .....	10-11

## Ausschüsse

<b>Meldungen</b> .....	14
------------------------	----

## Aus den Fraktionen

.....	12-13
-------	-------

## Forum

<b>Abgeordnete zu Besuch in Israel</b> .....	15
<b>Porträt: Martin Börschel (SPD)</b> .....	15
<b>Kurz notiert</b> .....	16

## Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



PUAN

„Fall Amri“

Foto: Schälte

PLENUM

## Untersuchungsausschuss zum „Fall Amri“

### Landtag setzt Gremium ein

15. Februar 2017 – Der Landtag hat beschlossen, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum „Fall Amri“ einzusetzen. Der in NRW gemeldete und aus Tunesien stammende abgelehnte Asylbewerber war am 19. Dezember 2016 mit einem Lkw in eine Menschenmenge auf einem Berliner Weihnachtsmarkt gerast und hatte zwölf Menschen getötet. Mehr als 50 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Amri wurde am 23. Dezember 2016 auf der Flucht in Italien von einem Polizisten erschossen.

Die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und PIRATEN hatten die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum „Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und ihrer Sicherheitsbehörden im Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri“ beantragt. Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN enthielten sich der Stimme.

Der Ausschuss solle „mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung“ sowie weiterer Behörden in NRW untersuchen, heißt es u. a. in dem Antrag ([Drs. 16/14168](#)). Beschlossen wurde zudem ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN („Untersuchungsausschuss Fall Amri“ muss sich ein umfassendes Gesamtbild verschaffen“, [Drs. 16/14246](#)). Der Ausschuss dürfe sich nicht allein auf Vorgänge innerhalb Nordrhein-Westfalens konzentrieren, „ohne die Wechselwirkungen zu Bundesbehörden und Behörden anderer Bundesländer zu betrachten“.

Anis Amri sei als gewaltbereiter Islamist bekannt gewesen, sagte CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) in der Debatte. Amri habe sich als Selbstmordattentäter angeboten, nach Schusswaffen und der Herstellung von Sprengstoff erkundigt. Er sei unter 14 Alias-Namen unterwegs gewesen und habe Sozialbetrug begangen. Dennoch sei er nicht in Haft genommen worden, obwohl die Behörden laut Innenminister Ralf Jäger (SPD) „bis an die Grenzen des Rechtsstaates“ ge-

gangen seien. „Die Menschen fragen sich: Wenn das stimmt, was ist das für ein Rechtsstaat?“, sagte Laschet. Es gehe darum, das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen.

Die Grenzen des Rechtsstaats seien erst dann erreicht, wenn ein Gericht entscheide, sagte FDP-Fraktionsvize [Dr. Joachim Stamp](#). Das sei im Fall Amri aber nicht geschehen. Es gehe nun darum, so zügig wie möglich alle im Raum stehenden Widersprüche aufzuklären und offene Fragen zu beantworten – zum Beispiel, warum Amri nicht inhaftiert wurde und keine Meldeauflagen veranlasst wurden. Innenminister Jäger versteckte sich bei der Aufarbeitung hinter seinen Abteilungsleitern, er verweigere die Fehleranalyse. Die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sei keine leichtfertige Entscheidung.

### „Mangelnde Aufklärung“

[Simone Brand](#) (PIRATEN) kritisierte eine mangelnde Kommunikation der deutschen Sicherheitsbehörden im Fall Amri. Es habe einen „Egoismus“ der einzelnen Behörden gegeben. „Nebulös“ sei auch die Rolle von V-Leuten. Hinzu komme beim Kampf gegen den Terror der Egoismus der europäischen Länder, da Terroristen unbehelligt durch Europa reisen könnten. Brand warf NRW-Innenminister Jäger mangelnde Aufklärung vor. Das Vertrauen in den Innenminister sei „endgültig dahin“. Es

müsse Schluss sein mit der „innenpolitischen Geisterfahrt“. Daher solle nun ein Untersuchungsausschuss die Arbeit aufnehmen.

[Thomas Stotko](#) (SPD) warf der Opposition ein „politisches Schauspiel“ vor. Sie sei nicht an einer Aufklärung interessiert. Es gehe drei Monate vor der Landtagswahl allein darum, „einen NRW-Minister zu grillen. Dies wird ihnen aber misslingen.“ Stotko betonte, dass die CDU nicht an einem Untersuchungsausschuss im Bundestag und im Berliner Senat interessiert sei, obwohl diese fünf Jahre bzw. sieben Monate Zeit für eine Prüfung hätten. Stattdessen werde ein Gremium in NRW eingesetzt, das noch 90 Tage Zeit habe. Dabei habe Rot-Grün klar angeboten, den Fall Amri von einem Sonderermittler klären zu lassen.

„Nicht nur die Opposition hat hier Fragen, selbstverständlich haben wir die auch“, sagte [Monika Düker](#) (GRÜNE). Ein Untersuchungsausschuss, wie sich CDU, FDP und PIRATEN ihn vorstellten, trage nicht zur objektiven Aufklärung aller vorgelegten Fragen bei. Düker kritisierte „Vorfestlegungen“ und „Spekulationen“ im Einsetzungsantrag, Änderungsvorschläge ihrer Fraktion seien abgelehnt worden. Außerdem habe sich die Opposition nicht an der Aufklärung durch den Sonderermittler der Landesregierung beteiligt. Sie warf CDU, FDP und PIRATEN „durchschaubare Wahlkampfstrategie“ und der FDP „Skandalisierungsrhetorik“ vor.

zab, wib, sam



## Hygiene-Ampel beschlossen

15.2.2017 – Der Landtag hat das „Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz“ ([Drs. 16/12857/Neudruck](#) und [Drs. 16/14182](#)) der rot-grünen Landesregierung verabschiedet. In namentlicher Abstimmung votierten 133 Abgeordnete für das Gesetz, mit dem die sogenannte Hygiene-Ampel in Lebensmittelbetrieben eingeführt wird. 84 Abgeordnete stimmten dagegen bei einer Enthaltung. Ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/14190](#)) wurde mehrheitlich angenommen, ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ([Drs. 16/14233/Neudruck](#)) wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Regelung sieht vor, dass Verbraucherinnen und Verbraucher künftig ein sogenanntes Kontrollbarometer einsehen können, das auf den Ergebnissen der amtlichen Kontrollen in Lebensmittelbetrieben basiert. Die Angaben in Form eines Balkendiagramms verlaufen von Grün („Anforderungen erfüllt“) über Gelb („Anforderungen teilweise erfüllt“) zu Rot („Anforderungen unzureichend erfüllt“).

## Fußball-EM auch in NRW?

15.2.2017 – Der Deutsche Fußballbund (DFB) will sich um die Ausrichtung der UEFA EURO 2024 bewerben. Davon könne auch Nordrhein-Westfalen profitieren, so die CDU-Fraktion in ihrem Antrag „Ja‘ zur Fußballeuropameisterschaft in NRW-Stadien“ ([Drs. 16/14171](#)). Das Land „hätte die Chance, seine sportliche und kulturelle Vielfalt der Welt zu präsentieren und als Lebens- und Wirtschaftsstandort zu punkten sowie ein begeistertes internationales Fest im Herzen von Europa auszurichten und zu feiern“. Der DFB werde bis zum 3. März 2017 eine Interessenerklärung bei der UEFA einreichen und voraussichtlich zehn Stadien benennen. Bewerbungen seien bereits aus Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Köln und Mönchengladbach

angekündigt werden. Die dortigen Stadien erfüllten die Voraussetzungen. Die CDU-Fraktion forderte die Landesregierung auf, die Bewerbungen der fünf möglichen Austragungsorte zu unterstützen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und Teilen der PIRATEN-Fraktion abgelehnt. Angenommen wurde ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/14234](#)). Darin fordern sie die Landesregierung auf, eine „nachhaltige und transparente EURO 2024 in NRW-Stadien“ zu unterstützen. Ein weiterer Entschließungsantrag der PIRATEN-Fraktion ([Drs. 16/14253](#)) wurde abgelehnt.

## Umgang mit Ditib

15.2.2017 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Islamverband Ditib befasst. Hintergrund: Mindestens 13 Ditib-Imame sollen angebliche Anhänger der Gülen-Bewegung aus NRW der staatlichen türkischen Religionsbehörde gemeldet haben. Grundlage der Debatte war ein Antrag der FDP-Fraktion („Gibt es ein Konzept der Landesregierung für den weiteren Umgang mit Ditib?“, [Drs. 16/14224](#)). Ditib ist in einem Beirat vertreten, der die Landesregierung bei Vorgaben zur Gestaltung des Islamunterrichts an NRW-Schulen berät. „Die Zusammenarbeit mit Ditib kann und darf so nicht fortgesetzt werden“, sagte FDP-Fraktionsvize [Dr. Joachim Stamp](#). Wer „denunziert, spioniert, trickst und täuscht“, sei nicht länger tragbar. Die Kritik richte sich nicht an die Ditib-Gemeinden vor Ort, sondern an Funktionäre. Solange nicht geklärt sei, welche Gesetzesverstöße Ditib begangen habe, dürfe es keine Zusammenarbeit geben, sagte [Ibrahim Yetim](#) (SPD). Das habe die Landesregierung deutlich gemacht. Es gebe auch reformorientierte Gemeinden – sie sollten sich von Ditib lösen. Für die CDU-Fraktion sagte [Serap Güler](#), die Vielfalt des muslimischen Lebens in NRW sei auch „ein Verdienst von Ditib“. Es sei aber ein

„nicht hinnehmbarer und absolut inakzeptabler Vorgang“, dass angebliche Anhänger der Gülen-Bewegung an den türkischen Staat gemeldet worden seien. Der Fraktionschef der GRÜNEN, [Mehrhad Mostofizadeh](#), sagte, eine Bespitzelung von Menschen in Deutschland werde nicht nur nicht geduldet, sondern es werde dem in aller Konsequenz nachgegangen. [Torsten Sommer](#) (PIRATEN) forderte Ditib auf, glaubwürdig zu erklären, dass der Verein unabhängig vom türkischen Staat agiere. Integrationsminister [Rainer Schmeltzer](#) (SPD) sagte, die Landesregierung werde nicht akzeptieren, wenn innertürkische Konflikte in Deutschland ausgetragen werden. Die Konsequenzen hingen nun von den Ergebnissen der bundesanwaltschaftlichen Ermittlungen und dem weiteren Verhalten von Ditib auf allen Ebenen ab.

## Untersuchungsausschuss BLB

15.2.2017 – Der Landtag hat den Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB-Untersuchungsausschuss, [Drs. 16/14150](#)) beraten. Der Untersuchungsausschuss hatte sich mit Missständen bei Projekten des BLB beschäftigt. Dabei ging es um die strukturelle Ausgestaltung des BLB, rechtswidriges Verhalten, fehlerhaftes Management und mögliche fehlende Kontrolle. Die Untersuchungen bezogen sich auf folgende Komplexe: Neubau des Landesarchivs NRW, Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln-Kalk, Bauvorhaben „Fachhochschule Köln“, Ankauf von Schloss Kellenberg, Ankauf des Vodafone-Hochhauses, Landesbehördenhaus in Bonn und Neubau des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Vier Jahre lang haben die Mitglieder des Ausschusses etwa 2.300 Akten zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemacht, zusätzlich mehr als 62.000 Seiten staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsakten, und 94 Zeugen vernommen.

# Fußball und Gewalt

## Landtag diskutiert Übergriffe beim Spiel Dortmund – Leipzig

16. Februar 2017 – Wie können Fans, Mannschaften und Einsatzkräfte bei Fußballspielen besser vor Gewalttaten geschützt werden? Um diese Frage drehte sich die kontroverse Debatte bei einer Aktuellen Stunde im Landtag.

Die CDU-Fraktion hatte die Aktuelle Stunde „Eskalierende Fangewalt in Nordrhein-Westfalen – wie will die Landesregierung Fans, Mannschaften und Einsatzkräfte bei Fußballspielen in Zukunft besser schützen?“ ([Drs. 16/14226](#)) beantragt.

**Daniel Sieveke** (CDU) erinnerte daran, dass bei den Übergriffen sechs Zuschauer und vier Polizisten verletzt worden seien. Innenminister Ralf Jäger (SPD) habe von einer Schande für den Fußball gesprochen. „Auf die Frage, wie es zu dieser Schande kommen konnte, geben Sie allerdings wieder einmal keine Antwort“, sagte Sieveke. Von Fehleranalyse und Selbstkritik fehle jede Spur. Er hinterfragte den Effekt des Projekts des Innenministeriums zum lageangepassten reduzierten Kräfteinsatz bei Fußballspielen. Augenzeugen in Dortmund hätten eine zu geringe Polizeipräsenz beklagt. Und er fragte, welche Konsequenzen gezogen worden seien.

Fußballkultur habe mit Gewalt, Prügeleien und Attacken auf unbeteiligte Zuschauer nichts zu tun, sagte **Hans-Willi Körfges** (SPD). „Wer so etwas macht, ist ein krimineller Gewalttäter, der gehört nicht in die Kurve, sondern in den Knast.“ Er warf der Opposition vor, mit dem Thema Wahlkampf zu machen. Alle wesentlichen Fragen seien im Innenausschuss inhaltlich beraten worden. Körfges sagte, das Konzept der lageangepassten Reduzierung der Polizeipräsenz bei Fußballspielen werde von Experten gelobt. Und der Gewaltausbruch in Dortmund habe „dank des Einsatzes der Polizei vor Ort gerade mal zehn Minuten gedauert“.

**Marc Lürbke** (FDP) verurteilte die Randalierer. Seine Kritik richtete sich jedoch auch gegen Innenminister Jäger: Im Monatstakt seien Bürgerinnen und Bürger in NRW fast schutzlos massiven Gefahren ausgesetzt, sagte er. Die Aufgabe des Innenministers sei es gewesen, die Gefahrensituation vorher abzuschätzen, statt im Nachhinein zu reagieren. Die

Polizeikräfte hingegen verdienten Respekt und Anerkennung des gesamten Parlaments. Vereins- und Fanarbeit seien wichtig, aber es brauche auch Repression und Sanktionen. Es gelte, solchen Störern „die rote Karte des Rechtsstaats“ zu zeigen, sagte Lürbke.

„Ihre skandalisierenden Beiträge halten einer statistischen Prüfung nicht stand“, wandte sich **Josefine Paul** (GRÜNE) an CDU und FDP. Sie zitierte gesunkene Zahlen der Strafverfahren und der Polizei-Einsatzstunden bei Fußballspielen. Alle seien sich einig: „Gewalt ist inakzeptabel.“ Sie erfordere spürbare strafrechtliche Konsequenzen. Ein „Rundum-Sorglos-Paket der Polizei“ könne es beim Fußball aber nicht geben. Notwendig sei ein Netzwerk aus allen beteiligten Akteuren: Auch die Vereine, verantwortlich für die Sicherheit in Stadien, seien in der Pflicht. Paul betonte außerdem präventive Fanarbeit, um Mitläufer zu erreichen.

### „Gewalt nicht akzeptabel“

In Dortmund sei „der von einer breiten Fanbasis getragene Vereinsfußball auf das Aushängeschild des kommerziellen Geldfußballs getroffen“, sagte **Frank Herrmann** (PIRATEN). Dabei hätten „einige sogenannte Fans massiv über die Stränge geschlagen“. Dies müsse aufgearbeitet werden. Strafbare Handlungen und Gewalt gegen Fans seien „unter keinen Umständen akzeptabel“. Es bestehe aber kein Anlass, von „Eskalation“ zu sprechen. Auch für Familien sei der Besuch von Fußballspielen sehr sicher. Er habe den Eindruck, dass RB Leipzig seine „Opferrolle“ nutze, um sich mehr Akzeptanz in der Fanszene zu verschaffen.

Die Gewaltexzesse vor dem Stadion hätten sich innerhalb weniger Sekunden entwickelt, sagte Innenminister **Ralf Jäger** (SPD). Die Polizei habe richtig reagiert und die Situation „in kürzester Zeit bereinigt“. Jäger sprach auch die Situation im Stadion an. Quer über die Südtribüne seien Banner verteilt gewesen, die teilweise eindeutig zu Straftaten aufgerufen hätten. In diesen Fällen seien in erster Linie die „echten Fans“ gefragt. Zu ihnen zählte der Minister auch die „allermeisten Ultras“. Einige von ihnen schützten jedoch Gewalttäter. Deren Anteil in der Kurve bezifferte er auf weniger als ein Prozent.

sow, zab, sam

Daniel Sieveke (CDU, am Rednerpult), im Hintergrund Innenminister Ralf Jäger (SPD)



Hans-Willi Körfges (SPD)



Marc Lürbke (FDP)



Josefine Paul (GRÜNE)



Frank Herrmann (PIRATEN)

# So funktioniert die

## Von den Wählerstimmen zum neuen Parlament

Am 14. Mai 2017 wählt Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Wie sich das neue Parlament zusammensetzt, entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Von den knapp 18 Millionen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen leben, sind mehr als 13 Millionen wahlberechtigt. Wählen dürfen alle, die mindestens 18 Jahre alt sind, die deutsche Staatsbürgerschaft haben und mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen wohnen. Mindestens 181 Parlamentssitze sind zu vergeben. 128 Abgeordnete werden direkt in den Landtag gewählt. Das sind diejenigen, die in ihren Wahlkreisen die meisten Wählerstimmen erhalten haben. Mindestens 53 weitere Abgeordnete ziehen über die Landesreserverlisten ihrer Parteien in den Landtag ein.

### Zwei Stimmen

Mit der Erststimme auf dem Wahlzettel unterstützen die Wählerinnen und Wähler eine konkrete Person aus ihrem Wahlkreis, die für den Landtag kandidiert. Mit der Zweitstimme entscheiden sie sich – unabhängig von der Erststimme – für eine der Parteien, die auf dem Stimmzettel aufgelistet sind. Die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf dem Stimmzettel richtet sich nach dem Ergebnis der

letzten Landtagswahl. Neue Kandidaten und Parteien erscheinen daran anschließend in alphabetischer Reihenfolge.

Auf dem Stimmzettel dürfen nur die beiden Kreuze gemacht werden. Wer etwas anderes darauf notiert oder den Stimmzettel leer lässt, macht ihn ungültig. Ungültig ist der Stimmzettel außerdem, wenn der politische Wille nicht klar erkennbar ist. Wenn nur ein Kreuz gemacht ist statt der vorgesehenen zwei Kreuze, bleibt der Stimmzettel gültig.

Auch Briefwahl ist möglich: Auf der Wahlbenachrichtigung, die jeder Wahlberechtigte erhält, steht, wo die Briefwahlunterlagen angefordert werden können.

### Mandatsverteilung

Das nordrhein-westfälische Wahlrecht stellt eine Verbindung von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht dar. Wie viele Mandate einer Partei zustehen, richtet sich nach ihrem Zweitstimmenanteil und wird somit nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt. 128 der gewonnenen Sitze jedoch werden mit den Personen besetzt, die in ihrem Wahlbezirk die meisten Stimmen auf sich vereinen konnten. Das ist das Prinzip des Mehrheitswahlrechts. Weil das NRW-Wahlrecht beide Prinzipien berücksich-

### Grundsätze der Wahl

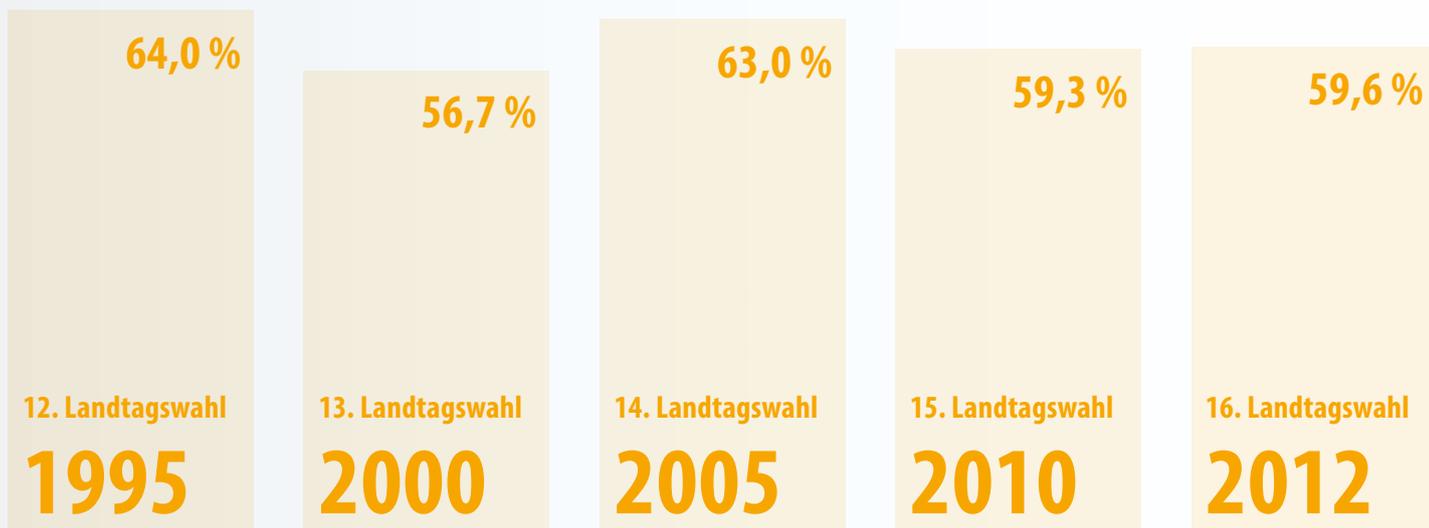
- **Die Wahl ist allgemein.**  
Jede Bürgerin und jeder Bürger ist grundsätzlich berechtigt, an der Wahl teilzunehmen.
- **Die Wahl ist gleich.**  
Jede Stimme hat das gleiche Gewicht.
- **Die Wahl ist unmittelbar.**  
Es gibt keine Zwischenschaltung eines Gremiums, das dann die Wahl vornimmt.
- **Die Wahl ist geheim.**  
Die Wählerinnen und Wähler geben ihre Stimme allein ab.
- **Die Wahl ist frei.**  
Die Wählerinnen und Wähler treffen ihre Entscheidungen selbst und unterliegen dabei keinen Weisungen.

tigt, spricht man von einer personalisierten Verhältniswahl.

In jedem der 128 Wahlkreise des Landes genügt bei der Erststimme die einfache Mehrheit: Wer die meisten Stimmen in einem Wahlkreis erreicht, ist gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Dann wird in einem zweiten Verfahren ausgerechnet, wie viele Mandate insgesamt jeder

### Wahlbeteiligungen



# Landtagswahl



Partei zustehen. Dazu werden zuerst die abgegebenen gültigen Zweitstimmen zusammengezählt. Das ergibt die Gesamtstimmenzahl. Nur Parteien, die mindestens 5 Prozent der Zweitstimmen bekommen haben, ziehen ins Parlament ein.

Für jede dieser Parteien wird die Zahl der Mandate – etwas vereinfacht – wie folgt errechnet: Es wird die Zahl der Zweitstimmen, die eine Partei erhalten hat, mit der Zahl der insgesamt zu vergebenden Mandate multipliziert. Die Zahl, die sich daraus ergibt, wird durch die Gesamtstimmenzahl geteilt. Heraus kommt die Zahl der Mandate dieser Partei im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Steht fest, wie viele Mandate den einzelnen Parteien zustehen, werden zunächst die erfolgreichen Direktkandidatinnen und -kandidaten berücksichtigt – auch diejenigen, deren Partei an der 5-Prozent-Hürde scheitert ist.

Stehen einer Partei mehr Sitze im Landtag zu, als sie „direkt“ in den Wahlkreisen erringen konnte, besetzt sie eine entsprechende Zahl der Restplätze mit Kandidatinnen und Kandidaten aus ihrer Reserveliste.

## Ausgleich und Aufstockung

Gewinnt eine Partei mehr Direktmandate, als ihr gemäß ihres Zweitstimmenanteils Sitze im Landtag zustehen, wird der Landtag vergrößert. „Überverhältnismäßig“ errungene Mandate bleiben erhalten und werden als Überhang-

mandate bezeichnet. Um das Stimmenverhältnis wieder herzustellen, bekommen die anderen Parteien sogenannte Ausgleichsmandate.

Die Gesamtzahl der Mandate muss immer ungerade sein. Ist das rechnerische Ergebnis eine gerade Zahl, wird die Gesamtmandatszahl um 1 erhöht. Fertig ist der neue Landtag. *sow, sam*

Foto: Schälte



# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

**Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung** | Drs. [16/12857](#), [16/14182](#) und [16/14190](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 15. Februar 2017 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes** | [Drs. 16/14161](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung am 15. Februar 2017 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Stärkung des freien Mandats und der Abgeordnetengleichheit** | [Drs. 16/14165](#) | PIRATEN | 1. Lesung am 16. Februar 2017 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz zur Änderung des Landes-Hafenentsorgungsgesetzes** | [Drs. 16/13794](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose** | [Drs. 16/13989](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – Zweites Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren** | [Drs. 16/14006](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Absenkung des Eingangsquorums des Artikel 68 Landesverfassung NW** | [Drs. 16/14002](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/14017](#) | CDU | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften** | [Drs. 16/13702](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges und zur Änderung des Vollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/13470](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/13532](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/13113](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters)** | [Drs. 16/13313](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze** | [Drs. 16/13312](#) | SPD und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU AusländerInnen)** | [Drs. 16/13314](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

**Viertes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht** | [Drs. 16/13315](#) | SPD und GRÜNE | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW** | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung** | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung



SCHWERPUNKT

# Stadt, Land, Polizei

## Anhörung zur Verteilung des Personals in NRW

7. Februar 2017 – Die Präsenz der Polizei in ländlichen Gebieten war Thema einer Anhörung des Innenausschusses. Grundlage war ein Antrag der CDU-Fraktion, in dem sie darstellte, dass die Polizeibehörden in ländlichen Kreisen in den vergangenen Jahren Personal verloren hätten.

Foto: Polizei NRW

In dem Antrag ([Drs. 16/13413](#)) heißt es, dass die Zuweisung von Polizeikräften an die 29 Kreispolizeibehörden im ländlichen Raum (Landratsbehörden) reduziert worden sei. Die Polizeisollstärke sei zwischen 2000 und 2016 um 5,4 Prozent zurückgegangen. Hingegen sei im gleichen Zeitraum die Zielsollstärke im Bereich der 18 Polizeipräsidenten der Großstädte in NRW um 6,8 Prozent gestiegen.

Grund für die Entwicklung sei das Berechnungssystem für die Verteilung der Beamten, die sogenannte Belastungsbezogene Kräfteverteilung (BKV). Seit 1996 werden die Polizeistellen abhängig von der Verkehrsunfall- und Kriminalitätsstatistik verteilt. Die CDU-Fraktion fordert, dass geografische bzw. topografische Besonderheiten berücksichtigt werden sollten. Aufgrund der größeren Fläche der Landkreise würden diese damit gestärkt.

Die Sachverständigen bewerteten den Antrag unterschiedlich. Thomas Hendele, Landrat des Kreises Mettmann, sagte, in den Kreisen in NRW lebten mehr Menschen als in den Städten. Darauf nehme das Verteilsystem für die Polizei keine Rücksicht. Die Städte benötigten zwar viel Polizei, aber die Verteilung dürfe nicht einseitig sein. Es habe viele Umorganisationen in den Kreispolizeibehörden gegeben: „In den Landratsbehörden fahren wir auf der letzten Rille.“

Dr. Olaf Gericke, Landrat des Kreises Warendorf, stimmte zu: „Wir haben keine ungenutzten Potenziale mehr.“ Er berichtete, dass es an einem durchschnittlichen Wochenende dazu kommen könnte, dass alle Fahrzeuge im Kreisgebiet gleichzeitig gebraucht würden. Dann müssten Einsätze priorisiert werden. In seiner

Behörde seien in zehn Jahren 25 Stellen weggefallen. Diese Stellen könne man gut gebrauchen, u. a. für Präventionsprogramme.

„Wir können insgesamt mehr Polizei gebrauchen, angesichts der Herausforderungen, die wir haben“, sagte Norbert Wesseler, Polizeipräsident Düsseldorf. Das System der BKV sei im Prinzip gut. Die Fläche in die Berechnung einzubeziehen, lehnte er in seiner Stellungnahme ab: „Die Fläche an sich ist noch keine Belastung, sondern in aller Regel – verglichen mit den Ballungsräumen – eher ein Vorteil bezogen auf die Kriminalitätshäufigkeit.“ Er warb für eine Aufgabenkritik und Strukturreformen, um die Polizeipräsenz zu erhöhen.

### „Ziehen an einer Tischdecke“

Die Gewerkschaft der Polizei äußerte in ihrer Stellungnahme, sie erkenne Probleme bei der Personalausstattung der Landratsbehörden. Die Fläche als Rechenfaktor einzubeziehen, wäre aber kein großer Gewinn für die Landkreise, sagte Volker Huß, Sachverständiger der Gewerkschaft. Er warnte vor „Personalkannibalismus“. In der Stellungnahme schrieb die Gewerkschaft, solange zu wenig Personal vorhanden sei, „stellt jede Form der Personalverteilung lediglich das Ziehen an einer Tischdecke von verschiedenen Seiten dar. Mit dem Ergebnis, dass eine Seite des Tisches bloßliegt.“

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) Nordrhein-Westfalen warb in seiner Stellungnahme dafür, ein neues System der Personalverteilung zu erarbeiten. Denn die BKV berücksichtige keine qualitativen Elemente,

„der Mord zählt so viel wie der Diebstahl eines Joghurtbechers“. Der Antrag der CDU greife aber auch zu kurz, weil er diese qualitativen Aspekte der Polizeiarbeit nicht berücksichtige. In der Anhörung sagte Verbandsvertreter Oliver Huth, die Dimensionen der Kriminalität hätten sich verschoben. Früher sei beispielsweise ein Ladendieb im lokalen Umfeld gesucht worden, heute müsse es zum Teil internationale Ermittlungen geben, weil die Banden grenzüberschreitend agierten.

Michael Frücht, Direktor des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen, lobte das Verteilsystem: „Das BKV ist ein taugliches und ein lernendes System.“ Und durch Sockelstellen werde die Grundausstattung der Behörden sichergestellt. Er sagte, dass es zu wenig Polizei gebe, bei der Ausbildung neuer Polizisten gehe es aber voran. „Wir brauchen Kontinuität in der Ausbildung.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft führte in ihrer Stellungnahme aus, dass verkehrs- und kriminalitätsspezifische Entwicklungen u. a. „von polizeilicher Präsenz, Einsatzkonzepten sowie Schwerpunkteinsätzen“ mit beeinflusst würden. Eine Bekämpfung dieser Phänomene könne zu einer Reduzierung des künftig zugewiesenen Personals führen. Es gebe aber für jede Kreispolizeibehörde einen Grundsockel an Planstellen, um Schwankungen abzufangen. sam

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Polizei im ländlichen Raum“



Thomas Stotko  
(SPD)



Theo Kruse  
(CDU)

### ***Die Personalausstattung der Polizeibehörden in ländlichen Gebieten in NRW ist ...***

... ausbaufähig. Dies gilt allerdings auch für die Personalausstattung in den Städten. Deshalb werden wir die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten im Land weiter erhöhen. Wir wollen auch in Zukunft jedes Jahr mindestens 2.000 Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen. Die Polizeibehörden vor Ort werden wir unterstützen, indem wir die Zahl der Bezirksbeamten verdoppeln.

... von der Landesregierung in unverantwortlicher Weise reduziert worden. Das betrifft sowohl das Personal als auch die Fahrzeuge der Polizei. Die sogenannte belastungsbezogene Kräfteverteilung weist für das Jahr 2016 nur noch 12.509 Stellen aus. Das bedeutet einen Abbau von 721 Stellen seit dem Jahr 2000. Das System der Kräfteverteilung muss künftig dringend auch die Bedürfnisse des ländlichen Raums stärker berücksichtigen, ohne neue Engpässe in den Städten zu produzieren.

### ***Das System der Verteilung von Polizeistellen in NRW ...***

... hat sich bewährt, es ist flexibel und lernfähig. Es ist kein starres Verteilungssystem. Wir werden die Rahmenbedingungen für die Verteilung von Polizeistellen im Auge behalten und bei Bedarf anpassen. Einen Flächenfaktor für die Verteilung – wie die CDU ihn fordert – lehnen wir ab. Dadurch würden Polizeikräfte aus Kriminalitätsschwerpunkten abgezogen.

... benachteiligt den ländlichen Raum. Mangelnde Ausstattung der Landratsbehörden mit Dienstfahrzeugen führt zu erhöhten Einsatzreaktionszeiten. Die geringe Polizeipräsenz leistet reisenden, professionellen Tätern Vorschub, sich Tatorte entsprechend auszusuchen.

### ***Die Arbeit der Polizei in ländlichen Gebieten ...***

... ist bürgernah und effektiv. Damit das so bleibt, wollen wir die Polizei von Aufgaben entlasten, die nicht zu ihrem Kerngeschäft gehören.

... ist geprägt von besonderen Anforderungen. Die Bandbreite möglicher Einsätze ist größer als in einem eher spezialisierten Ballungsraum. Verstärkung kommt oft erst spät und es muss eine Vielzahl von Aufgaben alleine wahrgenommen werden. Das verlangt ein hohes Maß an Erfahrungswissen und eine große Qualifikation.

### ***Die Polizei in NRW braucht ...***

... eine gute personelle Ausstattung, eine verlässliche technische Ausrüstung und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb haben wir in einem Pilotversuch die Beamtinnen und Beamten mit Bodycams ausgerüstet und eine Kennzeichnungspflicht für die Bereitschaftspolizei eingeführt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass alle Einsatzfahrzeuge mit Tablets ausgerüstet werden.

... den größtmöglichen Respekt seitens der Bevölkerung, für die die Beamtinnen und Beamten ihre Arbeit täglich erledigen. Sie brauchen die Unterstützung der Politik, indem sie flächendeckend durch Verwaltungsangestellte entlastet werden, um ihrer originären Tätigkeit wieder verstärkt nachgehen zu können. Alle Instrumente, die dem Schutz der Polizeibeamten und der Erfüllung ihres Auftrags dienen, müssen zur Verfügung gestellt werden.



Matthi Bolte  
(GRÜNE)



Marc Lürbke  
(FDP)



Dirk Schatz  
(PIRATEN)

... nach objektiven Kriterien angemessen berechnet. Die Kriterien sind vor allem Belastung durch Verkehrsunfälle und Kriminalitätsbekämpfung. Die vorhandene Anzahl an Polizist\*innen in NRW wird angemessen verteilt. Um eine Präsenz in allen Bereichen sicherzustellen, erhalten einige Landratspolizeibehörden sogar mehr Polizist\*innen, als ihnen allein nach diesen Kriterien zustehen würden.

... aktuell auf Kante genäht und geprägt durch eine enorme Überalterung, die sich in den kommenden Jahren weiter verstärken wird. Es gilt, nicht nur die großen Polizeipräsidien mit jungen Polizeibeamten auszustatten, sondern auch die gute Einsatzfähigkeit der Landratsbehörden in den ländlichen Gebieten Nordrhein-Westfalens sicherzustellen.

... sicherlich verbesserungsbedürftig. Das betrifft jedoch vermutlich jede Polizeibehörde in NRW und nicht nur die in ländlichen Gebieten. Die Personalzuteilung erfolgt im Rahmen der Belastungsbezogenen Kräfteverteilung (BKV), die die Verteilung weitgehend objektiviert. Das Problem liegt daher eher in der im Allgemeinen geringen Personalstärke der Polizei in NRW.

... verteilt die vorhandenen Kapazitäten für das gesamte Land so gerecht wie möglich. Die Verteilung richtet sich nach den genannten Kriterien und wird regelmäßig angepasst. Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass z. B. Änderungen mittels eines Flächenfaktors zu keiner Verbesserung führen.

... muss den ländlichen Raum ausreichend berücksichtigen. Wir brauchen bestmögliche Sicherheit in ganz NRW. Es darf nicht sein, dass Rot-Grün für die Menschen auf dem Land nur noch eine Mindestsicherheit gewährt und diese einseitig die Zeche für Brennpunktbehörden im Ruhrgebiet und im Rheinland zahlen. Im ganzen Land ist eine personelle Unterstützung unserer Polizei notwendig. Nur so kann dem Personalnotstand begegnet werden.

... ist nicht optimal. Die BKV stand, auch nicht durchweg unberechtigt, schon immer in der Kritik. Fakt ist aber auch, dass bisher von noch keiner Stelle ein besseres System vorgeschlagen werden konnte, das alle Faktoren und die verschiedenen Bedarfe in derselben, ausgewogen Weise berücksichtigt. Das heißt aber natürlich nicht, dass die BKV nicht verbessert werden könnte.

... unterscheidet sich deutlich von den Herausforderungen in den Großstädten. Dort ist die Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbelastung deutlich größer und die Ermittlungsverfahren sind komplexer, z. B. in Verfahren gegen organisierte Kriminalität. Daraus folgt eine höhere Kräftezuweisung. Die Behörden im ländlichen Raum erhalten ausreichend Planstellen, um ihre Aufgaben ebenfalls bestmöglich zu erledigen.

... ist vorbildlich und verdient unseren Dank und Respekt. Gleichzeitig brauchen unsere Landratsbehörden aber mehr Unterstützung. Jede Polizeiwache und Funkstreife vor Ort ist wichtig. Um Einsatzreaktionszeiten zu verbessern und bürgernahe Präsenz zu ermöglichen, darf es keinen Personalabbau, einseitige Personalverschiebungen, Schließungen von Wachen oder Reduzierungen von Streifenwagenbesatzung geben.

... unterscheidet sich von der in städtischen Gebieten. Geringere Bevölkerungsdichte, mehr Fläche und meist verlängerte Anfahrtszeiten beeinflussen die Polizeiarbeit in nicht geringem Maße. Daher darf es dort nicht zu einer Zentralisierung kommen. Auch kleine Polizeiwachen erfüllen gerade dort einen wichtigen Zweck. Bei der Frage der Wirtschaftlichkeit dieser Wachen sollte man großzügiger sein.

... beste Bedingungen. Deshalb hat Rot-Grün so viele Polizist\*innen eingestellt wie keine Regierung zuvor. Ab diesem Jahr beginnen 2.000 Kommissaranwärter\*innen ihre Ausbildung. Im letzten schwarz-gelben Haushalt 2010 waren es nur 1.000 Neueinstellungen. Daneben haben wir massiv in die Ausrüstung der Polizei investiert. Die Polizei NRW ist also gut für neue Herausforderungen aufgestellt.

... neben spürbarer Personalaufstockung und einer sofortigen Besetzung der über 1.000 tatsächlich unbesetzten Stellen endlich auch eine Aufgabenkritik wie zum Beispiel im Bereich der Verwaltung, dem Objektschutz oder auch der Begleitung von Schwerlasttransporten. Nur so erreichen wir eine echte Entlastung und einen spürbaren Mehrwert für alle Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen.

... neben einem angemessenen Personalbestand vor allem kurz- und mittelfristig eine verbesserte technische Infrastruktur. Dadurch können Synergieeffekte freigesetzt werden, die auch bei weniger Personal von Verwaltungsarbeit entlasten und Kräfte freisetzen. Es ist ungeheuerlich, dass heutzutage jeder Paketbote eine bessere technische Ausstattung auf seinem Wagen hat als die Polizei in NRW.

# AUS DEN FRAKTIONEN

## Das Ehrenamt steht beim SPD-Neujahrsempfang im Mittelpunkt

Gemeinsam für NRW – dieses Motto setzte die SPD-Landtagsfraktion auch bei ihrem Neujahrsempfang am 28. Januar um. Der fand nicht etwa in den nüchternen Räumlichkeiten eines Hotels statt. Die Fraktion ging andere Wege und lud in den Landschaftspark Duisburg-Nord ein. In der zu einer Veranstaltungshalle umgebauten „Kraftzentrale“ stand der Tag ganz im Zeichen des Ehrenamts. An zahlreichen Ständen präsentierten Engagierte von Feuerwehr, Rettungskräften und Sozialorganisationen ihre Arbeit.

SPD-Fraktionschef Norbert Römer hob vor 1.200 Gästen die Bedeutung des Ehrenamts hervor: „Ihre Arbeit ist unglaublich wichtig für unser Land. Zusammenhalt, Gemeinschaft und Gerechtigkeit sind nicht selbstverständlich. Es braucht Menschen, die sich darum kümmern. Und das ist es, was Sie tun.“



Zahlreiche Ehrenamtler waren beim Neujahrsempfang der SPD-Fraktion vertreten. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und SPD-Fraktionsvorsitzender Norbert Römer (l.) informierten sich auch beim Verband der Feuerwehren.

SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft betonte, wie elementar Zusammenhalt und Solidarität in einer Gesellschaft seien. „Wir dürfen nicht ausgrenzen, wir müssen in den Arm nehmen“, sagte sie. In Zeiten, in denen es Kräfte gebe, die die Demokratie bedrohen, werde die SPD als Bollwerk der Demokratie in den Wahlkampf gehen.

Wie bedeutsam das Ehrenamt ist, wurde auch bei einer lebhaften Podiumsdiskussion deutlich. Zu den Teilnehmern gehörten unter anderem Reinhard Rauball (Präsident der Deutschen Fußball Liga und Vorsitzender von Borussia Dortmund) und Schauspieler Renan Demirkan.



## CDU unterstützt Widerstand gegen rot-grünes Jagdgesetz

Die CDU-Landtagsfraktion hatte für den 26. Januar zum Werkstattgespräch zum Thema „Jagdpolitik in Nordrhein-Westfalen“ eingeladen. Der CDU-Fraktionssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ein weiterer Beleg dafür, dass die



Wut auf und der Widerstand gegen das Landesjagdgesetz der Landesregierung groß sind. Auch an diesem Abend erhitze die Debatte um das völlig verfehlt Gesetz die Gemüter. Denn es richtet sich nicht nur gegen die Jägerschaft, sondern gegen den gesamten ländlichen Raum. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt daher ausdrücklich das Begehren der Volksinitiative der Jägerschaft, da die teils absurden Regelungen des Landesjagdgesetzes nicht hinnehmbar sind. So muss der Katalog der heimischen jagdrechtlichen Wildtierarten wieder erweitert und angepasst werden. Es müssen praxiserichte Lösungen für die Jagdausübung umgesetzt werden. So soll die Verkürzung der Jagdzeit zum Beispiel bei Schwarzwild zurückgenommen und die Kirrmenge auf einen Liter erhöht werden. Die Jagdhundausbildung muss wieder

praxisgerecht durchgeführt werden. Dies dient einem aktiven Tierschutz für Jagdhunde und Wild. Ein bundeseinheitlicher Übungsnachweis soll die landeseigene Regelung für Schießnachweise ablösen. Die CDU-Fraktion hatte umfangreiche Änderungen zum Jagdgesetz in die parlamentarische Debatte eingebracht. Trotz der Ablehnung durch Rot-Grün wird die CDU-Fraktion weiter zusammen mit den Betroffenen vor Ort und in den Gremien nach vorne schauen und zwingend notwendige Korrekturen einfordern – auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrung.



## Grüne Erfolge in NRW: Bilanz 2010 – 2017

Nach sechs erfolgreichen Jahren, in denen wir viel erreicht haben, ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. NRW ist grüner, sozialer und gerechter geworden. Wir haben als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen verabschiedet und Garzweiler II verkleinert. Wir haben für mehr Teilhabechancen gesorgt und zwar für alle, die in NRW leben. Deshalb haben wir zum Beispiel deutlich in Bildung investiert. Trotz rückläufiger Schülerzahlen wuchs der Haushalt für



Schule und Weiterbildung seit 2010 um 3,85 Milliarden Euro. Wir haben außerdem die Studiengebühren abgeschafft, die Inklusion weiter umgesetzt und mit dem Landesgleichstellungsgesetz Frauen mehr Karriere-Chancen ermöglicht. Außerdem sind wir ein starker Partner der Kommunen. Wir haben sie aus der Schuldenkrise geführt und die Zahl der Städte und Gemeinden im Nothaushalt von 138 auf 9 gesenkt. Und auch das kommt den Bürger\*innen vor Ort

zugute: Wir haben die Einstellungszahlen bei der Polizei deutlich erhöht. Im Jahr 2017 auf 2.000 Stellen – fast doppelt so viele wie Schwarz-Gelb in 2010.

Als viele Menschen in Not bei uns Schutz suchten, haben wir schnell reagiert und einen Integrationsplan vorgelegt, der Geflüchteten den Zugang zu Kitas, Schulen, Ausbildung und Beruf ermöglicht. In diesem Zuge haben wir 7.300 zusätzliche Lehrerstellen für den Grundbedarf zur Verfügung gestellt. Davon profitieren alle Schüler\*innen. Die gesamte Bilanz gibt es hier: [gruene.fr/erfolge](http://gruene.fr/erfolge). ■



## Handwerkskongress der FDP-Fraktion: Ideen aus NRW – Impulse für Deutschland

Handwerk und Mittelstand brauchen bessere Rahmenbedingungen und Rückendeckung durch die Politik. Mit mehr als 250 Gästen hat die FDP-Landtagsfraktion jetzt bei einem Kongress über die Zukunft des Handwerks diskutiert. In den Debatten mit namhaften Experten aus Handwerk und Mittelstand, Kreishandwerkerschaften, Verbänden sowie Bürgern ging es um die großen Herausforderungen der Zukunft wie Digitalisierung, Demografie und Bildung.

„Für unseren Wohlstand von morgen müssen wir wirtschaftsfreundliche Bedingungen schaffen. Nur dann wollen auch in Zukunft Menschen etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen das Handwerk von Nebenan, den mutigen Unternehmer, die fleißigen und innovationsfreudigen Gesellen und Meister“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Er warnte vor

Überreglementierung und schlug vor, die Wirtschaft einfach mal in Ruhe zu lassen. Sprich: weniger Bürokratie etwa bei den Dokumentationspflichten für das Mindestlohngesetz oder die irreführende Hygiene-Ampel.

Lutz Goebel, Präsident des Verbandes Die Familienunternehmen, sprach sich für ein Fach Wirtschaft aus. Dadurch würden nicht nur wichtige Grundlagen zum Verständnis unseres Wirtschaftssystems gelegt, sondern Interesse an Wirtschaft und unternehmerischer Tätigkeit geweckt. Eine Position, die die FDP-Fraktion ebenso teilt, wie den Wunsch nach einer höheren Wertschätzung der beruflichen Bildung. „Wenn NRW und Deutschland auch in Zukunft



erfolgreich sein wollen, benötigen wir eine Weiterentwicklung unserer Stärken. Eine davon ist das duale Bildungssystem. Statt die Berufsausbildung wie ein Stiefkind zu behandeln, sollten wir sie wieder in den Mittelpunkt von Qualifizierung, Zukunftschancen und Berufsperspektiven im digitalen Zeitalter stellen“, betonte Ralph Bombis, Sprecher für Handwerk und Mittelstand der FDP-Landtagsfraktion. ■



## Zukunft der Familienpolitik: Kindergrundsicherung ist der erste, richtige Schritt

Die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in NRW“ ist abgeschlossen. Wir Piraten sind mit drei Kernpunkten in die Kommission gegangen: die rechtliche Gleichstellung von Lebensgemeinschaften, die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut sowie die Bereitstellung einer infrastrukturellen Grundversorgung für Familien. Die Arbeit in der Enquetekommission war geprägt von einem gemeinsamen Ziel: Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Kinder und Familien in NRW schaffen.

Ein wesentliches Kernelement unserer Vorstellung von gelingender Kinder- und Familienpolitik wurde von der gesamten Kommission aufgenommen: die Kindergrundsicherung. Leider waren die anderen Fraktionen nicht mutig genug, mit uns gemeinsam über ein bedingungsloses Grundeinkommen für Kinder

nachzudenken. Geldmangel ist das zentrale Problem von Familien mit Kindern. Besonders Alleinerziehende und Kinder sind in Nordrhein-Westfalen von Armut betroffen.

Die Grundlage einer Kindergrundsicherung ist eine Auszahlung ohne vorherige Prüfung oder Nachweisebringung. Ökonomische Zwangslagen sind zu berücksichtigen und die tatsächlichen Lebensbedingungen dienen als Ausgangslage. Eine Kindergrundsicherung ist bis zu einem Alter von 25 Jahren auszuzahlen. Die Refinanzierung ist bei Einführung einer Kindergrundsicherung ökonomisch durchzurechnen.

Kinderarmut ist eines der zentralen Probleme nicht nur in NRW. Eine Kindergrundsicherung



Daniel Dünkel (PIRATEN)

cherung kann die Weichen stellen, dieses Problem zu lösen, und sie ist spätestens nach dieser Enquetekommission nicht mehr in weiter Ferne. Wir sehen die realistische Chance, dass in der kommenden Legislaturperiode eine Kindergrundsicherung beschlossen werden kann.

Aber: Unsere Vorstellungen gehen noch darüber hinaus. Wir sind der Überzeugung, dass unser gesamtes Sozialsystem einen Reboot braucht. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre ein solcher Neustart. ■



**PIRATEN FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW



Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Jugendstrafvollzug

8.2.2017 – Die Landesregierung plant Änderungen im Jugendstrafvollzugsgesetz. Ein Schwerpunkt sei die Einbeziehung des Opferschutzes, „der als integrativer Bestandteil der Förderung und Erziehung der Gefangenen verstanden wird“, heißt es im Gesetzentwurf ([Drs. 16/13470](#)). Vorgesehen ist zudem eine „bessere Prävention von Radikalisierung und extremistischen Gefahren in den Justizvollzugsanstalten“. In einer Anhörung des Rechtsausschusses äußerten sich Expertinnen und Experten überwiegend zustimmend. Hervorgehoben wurden u. a. die opferbezogene Gestaltung des Vollzugs und die Einbeziehung Dritter bei der Wiedereingliederung. Einige Sachverständige beklagten jedoch wegen zahlreicher Verweise auf andere Texte eine „schlechte Lesbarkeit“ des Gesetzes. Zur Umsetzung sei zudem mehr Personal erforderlich.

## Übergriffe in Dortmund

9.2.2017 – Der Innenausschuss hat sich mit den Übergriffen am Rande des Bundesligaspiels Borussia Dortmund gegen RB Leipzig befasst. Die CDU-Fraktion hatte dazu eine Aktuelle Viertelstunde beantragt. Bei den Ausschreitungen am Samstag, 4. Februar 2017, hatten Gewalttäter zahlreiche Gästefans angegriffen – darunter Frauen, Kinder und Familien. In einem Schreiben ans Innenministerium habe RB Leipzig bereits im Oktober 2016 um erhöhten Schutz gebeten, sagte [Lothar Hegemann](#) (CDU). Die Bitte habe sich auf den Schutz des Mannschaftsbusses bezogen, berichtete NRW-Polizeinspekteur Bernd Heinen im Ausschuss. Bereits bei Begegnungen in Köln und Leverkusen hätten Störer versucht, den Leipziger Bus zu stoppen und nicht ins Stadion zu lassen. Die Polizei habe ihn in Dortmund deshalb umgeleitet. Als er nicht an der erwarteten Stelle erschien, seien statt des Busses Leipzig-Fans angegriffen worden. Ein Zusammenhang mit

der Zahl der eingesetzten Polizeikräfte bestehe nicht. Bei den Straftätern handle es sich um eine kleine Gruppe, sagte Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD). Sie müsse aus den Stadien herausgehalten werden. Die Polizei habe die Brisanz der Begegnung falsch eingeschätzt, sagte [Marc Lürbke](#) (FDP). [Hans-Willi Körfges](#) (SPD) sah das anders. Der „anlassbezogene Kräfteinsatz“ nach erfolgter Risikobeurteilung sei der richtige Weg. Er wies auf Transparente im Stadion hin, die die Stimmung gegen Leipzig zusätzlich aufgeheizt hätten. Da sei auch der Verein in der Verantwortung. Die Polizei habe mehr Kräfte eingesetzt, als bei einem solchen Spiel üblich sind, sagte [Verena Schäffer](#) (GRÜNE) und fragte, ob Borussia Dortmund bereits Stadionverbote erlassen habe. [Frank Herrmann](#) (PIRATEN) warnte vor „pauschalen Maßnahmen“. Es müsse etwas aus den Fangruppen heraus passieren (siehe auch S. 5).

## Flüchtlinge und Karneval

9.2.2017 – Die PIRATEN-Fraktion hatte im Innenausschuss eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Polizei in NRW rät Flüchtlingen, keinen Karneval zu feiern und polizeiliche Kontrollen ‚kritiklos‘ über sich ergehen zu lassen“ beantragt. Die Fraktion bezog sich auf eine E-Mail des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) an die Bezirksregierung Köln. Darin habe das LZPD Einrichtungen, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, geraten, diese nicht in Gruppen zu Karnevalsveranstaltungen zu führen. Zudem sollten Flüchtlinge Polizeikontrollen „kritiklos“ über sich ergehen lassen. Der E-Mail zufolge seien die Hinweise mit dem Innenministerium abgestimmt gewesen. Die Flüchtlingsräte Köln und Leverkusen hätten den Vorgang als „rassistisch“ kritisiert. Es habe sich um die „unautorisierte E-Mail eines einzelnen Mitarbeiters“ gehandelt, sagte Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD). Das Innenministerium habe die in der Mail geäußerten Vorschläge im Vorfeld nicht befürwortet und

das LZPD auch darauf hingewiesen. Die Mail sei aufgrund „fehlerhafter Abstimmung“ innerhalb des Landesamts dennoch versendet worden. Der Inhalt entspreche nicht der Haltung von Landesregierung und LZPD. Die „Geisteshaltung“, die in der E-Mail zum Ausdruck gekommen sei, mache ihn „fassungslos“, sagte [Frank Herrmann](#) (PIRATEN). [Marc Lürbke](#) (FDP) sprach von einem „Kommunikationschaos“. Es sei deutlich geworden, dass die Mail nicht im Sinne der Landesregierung gewesen sei, sagte [Hans-Willi Körfges](#) (SPD). [Monika Düker](#) (GRÜNE) übte „deutliche Kritik“ an der Mail, die Hintergründe seien aber klargestellt worden. Ausschussvorsitzender [Daniel Sieveke](#) (CDU) fragte, ob man beim Besuch von Flüchtlingsgruppen bei Karnevalsveranstaltungen Reaktionen befürchte.

## Rhein-Ruhr-Express

9.2.2017 – Der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landtags hat sich über den aktuellen Stand bei der Entwicklung des Rhein-Ruhr-Expresses (RRX) informiert. In Zukunft sollen sieben Linien im Regionalverkehr Städte in NRW verbinden. Auf der Kernstrecke zwischen Köln und Dortmund soll alle 15 Minuten ein RRX verkehren – und das mit gehobener Ausstattung und schneller als die bisherigen Regionalexpress-Verbindungen. Werner Lübberink von der Deutschen Bahn gab einen Überblick über den aktuellen Stand. Danach sollen bereits 2018 erste Verbindungen im Vorlaufbetrieb angeboten werden, vor allem auf bisherigen Regionalexpress-Strecken. Ebenfalls 2018 sollen die ersten neuen Züge eingesetzt werden. Für den Rhein-Ruhr-Express wird neu gebaut: Am 8. März 2017 sei der erste Spatenstich in Köln geplant. Damit das RRX-Netz bis 2030 fertig werde, solle an mehreren Stellen gleichzeitig gebaut werden. Werner Lübberink versprach, dass die Deutsche Bahn den Dialog mit betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern intensivieren werde.

## Gegen das Vergessen



Die Abgeordneten Stefan Engstfeld (v.l.), Peter Biesenbach und Norbert Römer in Yad Vashem. Foto: André Zöhren

Das Verhältnis zu Israel ist und bleibt ein besonderes. Das hat die Delegation der Parlamentariergruppe NRW-Israel unter Leitung des Vorsitzenden der Gruppe, Norbert Römer, erfahren, als sie im Januar 2017 das Partnerland besuchte.

In Gesprächen mit dem Vorsitzenden der deutsch-israelischen Freundschaftsgruppe im israelischen Parlament, der Knesset, dem Vorsitzenden des Stadtrats von Tel Aviv oder auch mit Avi Primor, dem ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland, wurden intensiv die Beziehungen zwischen beiden Staaten sowie die aktuelle politische Situation und die Auswirkungen der Präsidentenwahl in den USA auf Israel diskutiert. Diese Themen standen ebenfalls auf der Agenda des Zusammentreffens mit der deutschen Gesandten in Israel und dem stellvertretenden Leiter der deutschen Vertretung in den palästinensischen Gebieten.

Bei einem Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem legte die Delegation im Namen der Landtagspräsidentin einen Kranz nieder. „Scham und Trauer erfüllen unsere Herzen, Vergebung und Frieden sind unsere Hoffnung“, sagte der Vorsitzende Norbert Römer anschließend.

Wirtschaftspolitische Fragen standen beim Besuch der Israelisch-Deutschen Außenhandelskammer im Vordergrund. Mit Givat Haviva – einer Kultur- und Bildungseinrichtung der Kibbuzbewegung HaArtzi – besuchte die Delegation die älteste und größte israelische Einrichtung im Bereich der jüdisch-arabischen Verständigungsarbeit. Givat Haviva fördert kulturellen und religiösen Pluralismus, bietet mit dem jüdisch-arabischen Zentrum für den Frieden eine Plattform gemeinsamen Kennenlernens und Miteinanders und unterstützt die Kooperation jüdisch-arabischer Kommunen.

Ferner informierte sich die Delegation über die gemeinnützige Gesellschaft Kfar Tikva, in deren Dorfgemeinschaft mithilfe von freiwilligen Helfern unter anderem aus Deutschland etwa 200 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen leben und arbeiten. *ar*

## Porträt: Martin Börschel (SPD)

Martin Börschel ist ein Mann mit klaren Prinzipien, für den das Streben nach Gerechtigkeit Richtschnur allen Handelns ist. Die Wurzeln dafür wurden in der Familie gelegt. „Wir hatten nicht viel“, berichtet der Kölner. Der Aufstieg durch Bildung war also keineswegs vorgezeichnet: Der Vater, ein gebürtiger Schwabe, verdiente zunächst als Holzwerkzeugmacher, dann als Bauarbeiter den Familienunterhalt. Die Mutter kümmerte sich um die Erziehung der Kinder – und pflegt die Nähe zur katholischen Kirche. So wuchs Börschel gemeinsam mit seiner Schwester in einem christlichen Milieu auf, war Messdiener, trug die Kirchenzeitung aus – und war damit der Liebling der alten Damen.

„Die Umstände haben es gut mit mir gemeint“, ist der inzwischen 44-Jährige dankbar, in einer sehr liberalen Umgebung aufgewachsen zu sein. Eine Grundlage dafür waren die sozialdemokratischen Bildungsreformen, die einen höherwertigen Schulabschluss erst ermöglichten. Als Erster aus der Familie hat Börschel das Abitur gemacht. Er interessierte sich bereits auf der Montessori-Grundschule für Politik, informierte sich über die Inhalte der Parteien und war später von den Initiativen der Friedensbewegung beeindruckt. „Ich war ab der zehnten Klasse Schülersprecher und habe eine Schülerzeitung mit herausgegeben.“ Das war sein Zugang zur Politik. Es ging um Themen wie den Golfkrieg. „Wir haben Demonstrationen organisiert und überlegt, wie wir unsere Meinung bemerkbar machen können.“

In dieser Lebensphase war es nicht vorgezeichnet, dass er später als SPD-Fraktionschef im Rat als „König von Köln“ bezeichnet werden würde. „Das bin ich nicht, das war ich nicht – und so habe ich mich nie empfunden“, versichert Börschel, der im Zweiterberuf Kommunalpolitiker ist. „Das ist eine gute Mischung“, verweist er darauf, dass er die Interessen von Stadt und Land verknüpfen und damit Synergieeffekte erzielen kann. Aus seiner lokalen Sicht war die von den rot-grünen Mehrheitsfraktionen 2014 im Landtag durchgesetzte Erhöhung der Grunderwerbssteuer eine falsche Entscheidung, weil damit die ohnehin in Großstädten hochpreisigen Eigenheimbau-Pläne nochmals verteuert wurden. „Das war eine Entscheidung der inneren Konsequenz“, begründet er seinen Rücktritt als haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Die Erhöhung hatte nicht die negativen Auswirkungen, die ich befürchtet hatte. Da bin ich widerlegt“, verweist er auf die anhaltend hohe Nachfrage nach Grundstücken. Gleichzeitig warnt er aber vor „überbordenden energetischen Anforderungen“ beim Häuslebau.



Der Rückzug vom Sprecheramt habe ihm zugleich Respekt und Kritik eingebracht, aber deshalb sieht er sich in der Landtagsfraktion nicht isoliert oder gar auf verlorenem Posten. Dauerhaft dürfte die SPD nicht auf seine aktive Rolle verzichten können, denn viele Talente hat die Partei in dieser aufstrebenden Altersklasse nicht. Sogar Oppositionspolitiker bedauern, dass ihnen ein kluger Widersacher fehlt. Das dürfte wohl nur eine Übergangsphase sein, denn Börschels Wiedereinzug ins Landesparlament scheint bei den heimischen Mehrheitsverhältnissen ziemlich sicher zu sein. Mit ihm ist also weiter zu rechnen.

Statt „Papst oder Pilot“, wie er als Kind seinen Berufswunsch in Poesiealben verewigte, ist er Rechtsanwalt geworden. Wegen der Kölner Spendenaffäre, die er gemeinsam mit seinem Freund und Nachbarn Jochen Ott meistern musste, verzichtete er auf die angestrebte Promotion. Der praktizierende Katholik stand damals als mit Abstand Jüngster an der Spitze der SPD-Ratsfraktion – und nicht wenige rechneten mit seinem Scheitern. Doch Börschel hat sich – stets freundlich, verlässlich und mit beinahe preußischer Disziplin – durchgebissen.

Finanzpolitiker ermöglichen in Zahlen gegossene Gerechtigkeitspolitik, setzten damit auch die Grundlage des Zusammenlebens, das im gegenseitigen Respekt funktionieren müsse, sagt Börschel. Vorbeugende Politik sei eine „präventive Investition in die Gesellschaft“, deren Ertrag sich später auszahlen werde, so der Sozialdemokrat. Der verheiratete Vater einer neunjährigen Tochter hat als Mitglied des Untersuchungsausschusses Silvesternacht die „für den Staat zutiefst beschämende Katastrophe“ mit aufgearbeitet und dabei erfahren, dass die schweren Übergriffe auf Frauen trotz individuell größtmöglichen Einsatzes der Polizisten nicht verhindert werden konnten. Diese Eindrücke haben ihn auch geprägt. *Robert Vornholt*

## Kurz notiert

### Besucherzentrum

Möchten Sie mehr über die Arbeit der Abgeordneten und des Landesparlaments erfahren? Dann besuchen Sie an den Wochenenden den Landtag und informieren sich im multimedialen Besucherzentrum mit seiner 240-Grad-Panormaleinwand. Es steht Interessierten samstags und sonntags jeweils von 11 bis 17 Uhr offen. Der Eintritt ist kostenlos und ohne vorherige Anmeldung möglich. An den Wochenenden kann der Landtag auch auf eigene Faust erkundet werden: Geöffnet werden der Plenarsaal, Fraktions- und ausgesuchte Ausschusssäle sowie der Raum, in dem Pressekonferenzen stattfinden. Geschlossen ist das Besucherzentrum am Karnevalswochenende, 25. und 26. Februar 2017.

### Blick durch Kinderaugen

Noch bis 6. März 2017 ist im Landtag eine ungewöhnliche Fotoausstellung zu sehen. Beim ersten „KameraKinder Fotorun NRW“ waren im vergangenen Herbst rund 400 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 16 Jahren in acht Städten auf Motivsuche ausgeschwärmt. Die landesweite Aktion unter dem Motto „Auf den Blickwinkel kommt es an! Junge Stadtgeschichte beim KameraKinder Fotorun NRW“ wurde koordiniert vom fotopädagogischen Projekt „KameraKinder“ des jfc Medienzentrums in Köln. Eine Auswahl prämiierter Fotografien ist im Parlament zu sehen, und zwar wochentäglich zwischen 11 und 17 Uhr. Um vorherige Anmeldung wird gebeten unter Tel.: 0211-884-2129 oder [veranstaltungen@landtag.nrw.de](mailto:veranstaltungen@landtag.nrw.de).

### Besuch aus Eupen

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat am 8. Februar 2017 ihren Amtskollegen aus dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgien, Alexander Miesen, zu einem Informationsbesuch im nordrhein-westfälischen Parlament empfangen. Bei einem Arbeitssessen ging es insbesondere um die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Miesen hatte zuvor das „Haus der Parlamentsgeschichte“ unweit des Landtags und das Besucherzentrum des Landtags besichtigt und sich über die beiden neuen Angebote für die Bürgerinnen und Bürger informiert. Das Besucherzentrum war im Frühjahr, das „Haus der Parlamentsgeschichte“ im Herbst vergangenen Jahres eröffnet worden. Die 25 Abgeordneten des Parlaments in Eupen vertreten die Interessen von 76.000 Mitgliedern der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien.

### Gestorben

9.2. Axel Dirx (SPD/70) MdL 2000-2005

## Auswärtsspiel für die Bläck Fööss

Sie kommen aus Köln, sie singen immer wieder gern von Köln – am Dienstag, 14. Februar 2017, aber hatten die Bläck Fööss ein „Auswärtsspiel“ in Düsseldorf. Das Landtagspräsidium ehrte im Plenarsaal verdiente Karnevalisten für ihr Engagement in der Brauchtumpflege, darunter auch die 1970 gegründete Band. Kafi Biermann, Bömmel Lückerrath, Mirko Bäumer, Peter Schütten, Erry Stoklosa, Hartmut Priess, Ralph Gusovius und Andreas Wegener (von links) dankten mit einem a-capella-Ständchen. Im Anschluss begrüßte Landtagspräsidentin Carina Gödecke beim Närrischen Landtag 128 Karnevals-Delegationen aus dem ganzen Land. Bis in die Nacht wurde getanzt und gefeiert.



Fotos: Schälte